

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-52133](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-52133)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Nthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Nthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 27. September.

1848.

N<sup>o</sup> 78.

### Landtagsverhandlungen.

Den 20. September.

Heute ward eine wahre Schlacht geliefert. Es galt die Frage: ob directe oder indirecte Wahlen? Die Verhandlungen waren interessant, die Kämpfe voller Leidenschaft. Wir haben schon früher unsere Zweifel ausgesprochen, ob die Versammlung auch in allen Fragen die Prinzipien der Demokratie so entschieden anwenden werde, wie der Exekutive gegenüber. Sie hat hier entschieden nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit, indem sie die directen Wahlen verwarf. Hoffentlich wird dies Prinzip auch auf andern Gebieten nicht vergessen werden; denn alle Gebiete des Staatslebens fordern Rücksichtnahme auf die Zweckmäßigkeit. Die für directe Wahlen angeführten Gründe, daß die ganze Volksmasse politisch genug durchgebildet sei (Wibel, Kloster), daß jedenfalls die Vernunft sich manifestiren werde (Dannenberg), haben wenig Ueberzeugendes; es sind Hoffnungen und keine Gewissheiten, und ein Experiment ist gefährlich. Directe Wahlen, wie sie das streng demokratische Prinzip fordert und immer gefordert hat, haben überall ein Gegengewicht verlangt. Es wäre thöricht, dies Gegengewicht in diesem Augenblicke in der Regierung finden zu wollen, deren Macht, so weit sich voraussehn läßt, keine sehr weite Grenzen werden gezogen werden. So hat man denn zu indirecten Wahlen gegriffen, welche, durch kein Prinzip gerechtfertigt, nur ein Nothbehelf kleiner Staa-

ten sind, in denen nur Eine Kammer möglich ist, und die doch Beschränkung des Wahlrechtes durch den Census als einseitig und ungenügend verwerfen.

Es ward namentlich abgestimmt. Die Abgeordneten: Kih, Lindemann, v. Lindern, Naecher, Schulze, v. Thünen, Böckers, Wibel I., Wibel II., Böckel, Brader, Kloster, Dannenberg und Görlitz, also 14 stimmten für, die übrigen 20 Abgeordneten gegen directe Wahlen.

Dann ward noch festgesetzt, daß schon auf je 6000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden solle, ein Beschluß, der unseren vollen Beifall hat.

Den 21. September.

Heute wurden die Art. 103—110. ohne wesentliche Aenderung angenommen.

Zum Art. 109. erklärte man sich mit einem neuen Antrage der Regierung einverstanden.

Zum Art. 108. ward noch bestimmt, daß schon jede Gehaltsverbesserung eines Beamten ihn zwingen solle, die Stelle eines Abgeordneten niederzulegen. Die Versammlung schien auf diesen Art. viel Gewicht zu legen als Sicherheitsmittel gegen die Regierung. Uns will der ganze Artikel als ein zweischneidiges Schwert erscheinen, welches von der Regierung auch gegen die Stände gebraucht werden könnte.

Den 23. und 24. September beschäftigte sich der Landtag mit der Birkenfelder Frage, worüber die Entscheidung bis hiezu war aus-



gefehrt worden. Die Birkenfelder Abgeordneten hatten den Antrag gestellt:

1) daß die Frage, welche Angelegenheiten zwischen dem Fürstenthum Birkenfeld und den übrigen Bestandtheilen des Großherzogthums gemeinsame sind, insbesondere die Beitragsquote zu den gemeinsamen Lasten wie zur Zivilliste nur auf dem Wege des Vertrags zwischen dem gegenwärtigen Landtag und einem Birkenfelder Landtag geordnet werden sollen;

2) daß der Verfassungsausschuß baldigst die entsprechenden Vorschläge machen solle;

3) daß unverzüglich ein Wahlgesetz zur sofortigen Einberufung des Birkenfelder Landtags erlassen werde.

Bei Behandlung dieser Frage mußte ganz besonders das bisherige staatsrechtliche Verhältnis des Fürstenthums und zur Begründung einer Ansicht hierüber die Art und Weise in Betracht kommen, wie das Fürstenthum erworben worden ist. Regierungseitig ward ausführlich darzulegen versucht, daß das Fürstenthum, als es 1815 von dem regierenden Hause erworben, dem Herzogthume nicht einverleibt worden sei, wie denn auch kein Einverleibungsact vorläge; daß jedoch eben so wenig das staatsrechtliche Verhältnis durch den Begriff einer reinen Personalunion bezeichnet werden könne, indem wenigstens durch die gemeinsamen Beziehungen zum Deutschen Bunde und dem Bunde gegenüber die verschiedenen Bestandtheile des Großherzogthums in einer staatlichen Verbindung gestanden hätten; daß hingegen aus der zufälligen Gemeinsamkeit einiger öffentlichen Einrichtungen (Oberappellationsgericht, Wittwenkasse etc.), keine Gründe für gegenwärtige Verfassungsfrage zu entnehmen seien. Die Regierung ließ ferner erklären, daß das Gesetz vom 26. Juni eine engere staatliche Verbindung der verschiedenen Landestheile beabsichtigt habe und von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß solche allseitig auch gewünscht werde. Wenn das Fürstenthum aber eine engere Verbindung ablehne, so scheine eine Nöthigung hiezu staatsrechtlich nicht begründet zu sein; jedoch müßten diejenigen Angelegenheiten, welche eine Folge der obenerwähnten Beziehungen seien, auch als gemeinschaftliche behandelt und könnten nicht einer einseitigen Beschlußnahme überlassen werden.

In dieser Regierungserklärung war zugleich ein

Vermittelungsweg angebahnt, den die Birkenfelder auch zu betreten geneigt waren.

Die übrigen Abgeordneten waren jedoch der Ansicht, daß die Frage lediglich nach politischen Rücksichten behandelt werden müsse, daß man fest auf dem Boden des Gesetzes zu stehen habe, welches die Abgeordneten aus allen Landestheilen zur Aufrichtung einer gemeinsamen Verfassung beriefe. Demnach beschloß der Landtag, das bisherige staatsrechtliche Verhältnis des Fürstenthums nicht zur besonderen Entscheidung zu bringen, vielmehr die gestellten Anträge der Birkenfelder einfach zu verwerfen.

Nach diesem Beschlusse verließen die Birkenfelder Abgeordneten die Versammlung.

Das Publikum war bei dieser Verhandlung in fortwährender großer Spannung. Die Sache ward nicht ohne Leidenschaft geführt, und es war ein peinlicher Augenblick, als die Birkenfelder Abgeordneten sich schweigend von ihren Sitzen erhoben und aus der Versammlung sich entfernten.

Was aus dieser Angelegenheit nun weiter werden soll, das mögen die Götter wissen, denen wir ohnehin so Vieles anheimstellen müssen.

#### Der Waffenstillstand.

Die Dänische Regierung hat zugegeben, daß für Schleswig und Holstein, für die vereinten Herzogthümer also, gemeinschaftlich eine Regierung gebildet werde — allerdings unter dänischer Mitwirkung. — Ist das ehrenwürdig? — Gewiß nicht, wenn wir erwägen, daß weder Schleswig noch Holstein je verlangt haben, ganz von Dänemark getrennt zu werden; — im Gegentheil haben bis dahin beide stets die Personalunion mit Dänemark verlangt. Das ist ein gewichtiger Grund, um den Waffenstillstand doch nicht also schlecht erscheinen zu lassen. Dazu kommt noch, daß ein Waffenstillstand noch niemals ein abgemachter Frieden ist. — Sollte man aber in der ungewissen Hoffnung, daß möglicherweise die Belte feststehen würden, daß dieselben mit schwerem Geschütz zu besetzen wären — sollte man auf diese unsichere Hoffnung, auf die Gefahr hin, durch plötzlich eintretendes Thawetter einen großen Theil der Armee dem Feinde preiszugeben, einen Winterfeldzug wagen, der höchstwahrscheinlich zu keinem Resultate geführt hätte, da die Belte im Durchschnitt nur alle 25 Jahre zufrieren? — Erscheint es da nicht zweckmäßiger, lieber alle Kraft und alle die Geldmittel aufzubieten, welche die Erzeugung der Eeschäden an die Handelsstädte betragen haben würden (etwa 130 Millionen Thaler), um Kriegsschiffe zu erhalten, damit man im kommenden Frühling den freien Dänischen Handelschiffen das

Garaus zu machen vermöge? Vor allem aber dürfen wir nicht außer Augen lassen, daß Dänemark, daß England und Frankreich ein Recht haben zu verlangen, daß der Waffenstillstand aufrecht erhalten bleibe. Denn, fragen wir, was kann Dänemark dafür, daß Preußen im Namen Deutschlands einen Waffenstillstand abgeschlossen, der Deutschland hernach nicht gefällt? Kann sich Deutschland dafür an Dänemark halten, oder liegt der Streitpunkt nicht vielmehr zwischen Preußen und Deutschland? Es wäre unehrlich von Deutschland gegen Dänemark gehandelt, wollte ersteres einen Waffenstillstand gegen Dänemark abgeschlossen und ratificirt worden, nicht halten, und zwar in einem Augenblick, wo bereits von dänischer Seite die meisten Schiffe losgegeben\*). — Das wäre ehrenwidrig und müßte die Ehrlichkeit der deutschen Politik in den Augen der auswärtigen Völker in ein mehr als zweifelhaftes Licht stellen. Denn, wie gesagt, der freitige Punkt liegt zunächst nicht zwischen Deutschland und Dänemark, sondern zwischen Deutschland und den Sondergelisten des Preussischen Cabinets. Mag das Parlament die Entlassung desselben, ja die Bestrafung der beteiligten Personen verlangen; — niemals aber durfte dasselbe, dem Auslande gegenüber, wollte es ehrlich handeln, den Waffenstillstand verwerfen. Wohl aber kann Deutschland im Frühling mit Ehren erklären, nur auf die und die Bedingungen hin, (z. B. Aufnahme ganz Schleswigs\*\*) in Deutschland) in den definitiven Frieden willigen zu wollen. — Bleiben wir uns selbst treu, so dürfen wir gewiß sein, im kommenden Frühling so stark dazusehen, daß wir jedem Angriff trogen können. Blicken wir um uns und erkennen wir, was zu thun! Vor allem uns selbst treu zu sein, unser eingelestes Wort zu halten, und den Beschlüssen der Nationalversammlung uns zu unterwerfen, dieselben kräftig zu unterstützen. — Am Tage des Antritts der Regierung des Reichsverwesers nahm ein begeisterter Volkstredner Tausenden das Wort ab, den Beschlüssen der Nationalversammlung sich zu unterwerfen, sie zu unterstützen — wären es auch Beschlüsse, wobei uns die Haare zu Berge ständen! — — Auf denn, ihr Männer des Volkes, laßt mit Wort und That sehen, daß ihr Wort zu halten wißt!

#### Hauptmann von Sichstorf und dessen fünfte Kompanie unseres I. Infanterie-Regiments im Gefecht bei Düppel am 28. Mai d. J. †).

Als am 28. Mai d. J. nach der Ablehnung der ersten Waffenstillstands-Vorschläge, welche England zu vermitteln ver-

\*) Diese hätte man denn jedenfalls auch wieder den Dänen zurückliefern müssen.

\*\*) Wenn ganz Schleswig es will. D. Red.

†) Die hier aus brieflicher Mittheilung eines Theilnehmers am Schleswig-Holstein'schen Feldzuge entnommene und nach mündlicher Besprechung mit andern Theilnehmern berichtete

sucht und vergebens in Kopenhagen zur Annahme empfohlen hatte, das vereinigte Deutsche Heer zum Theil schon aus Jütland zurückgezogen und, im Vertrauen auf die obschwebenden Waffenstillstands-Verhandlungen, von Jütland's Grenze bis zum südlichen Theile Schleswigs herunter beim Wechsel der Quartiere Bataillonsweise arglos auf dem Marsche begriffen war, ließen die Dänen, wie damals in den Zeitungsberichten genügend näher berichtet ist, plötzlich eine etwa 8 bis 10,000 Mann starke Masse Fußvolks und einige Batterien schwerer Feldgeschützes (12pfünder) von der Insel Alsen aus über den Brückenkopf bei Sonderburg auf's Festland überziehen. Zweck dieses Ueberfalls war offenbar die Durchbrechung des in weiter Ausdehnung aufgestellten und leicht in Verwirrung zu bringenden Deutschen Heeres, welches ohne Erwartung eines kriegerischen Ereignisses, nur in schwachen Bataillons-Massen vereinigt, zum Quartierwechsel auf dem Marsche sich befand. Dieser Plan würde allem Anscheine nach vollständig gelungen und vielleicht zu einer entsetzlichen Zersprengung und Aufreibung des Deutschen Heeres geführt haben, wenn nicht namentlich unsere braven beiden Bataillone des ersten Inf. Regiments während der beiden Tage des heißesten Kampfes am 28. und 29. Mai d. J. den heldenmüthigsten Widerstand gegen vierfach überlegene Feindemassen geleistet und dem übrigen Theile des Heeres somit Zeit verschafft hätten, sich besser zu sammeln und den Dänen von weiteren Versuchen abzuhalten. Daß eine Aufrollung oder Zersprengung unserer Infanterie durch die feindlichen Massen nicht bloß ein schleuniges Heranziehen von Verstärkungen über den Sonderburger Brückenkopf, sondern auch leicht ein ferneres siegreiches Vorrücken der Dänen gen Norden und eine Vernichtung der einzelnen Preussischen Bataillone, so wie der übrigen Truppen des zehnten Bundes-Herhaufens, im raschen Siegeslaufe hätte herbeiführen können, wird kein Kriegsfundiger im Hinblick auf die Stärkung der moralischen Kraft eines Heeres, welches einmal gesiegt hat, und mit Rücksicht auf die günstige Stellung der Dänen, welche die weitausgedehnten Theile des feindlichen an sich überlegenen Heeres mit Uebermacht nach einander hätten angreifen und in einzelnen Gefechten hätten schlagen können, zu bestreiten vermögen. Allein glücklicher Weise fehlte ihnen die moralische Ueberlegenheit und die genaue Kunde von der Stärke der ihnen gegenüberstehenden Streitkräfte; sonst würden sie mit Bayonnett-Angriffen wenigstens die ersten ins Gefecht kommenden Truppen des zehnten Herhaufens, denen sie bis zum Gedrücken überlegen waren, überwältigt haben.

Darstellung eines Vorfalles, welcher unseren braven Truppen ebenso, wie insbesondere dem wackeren Führer der 5ten Kompanie des I. Inf. Regiments, zur größten Ehre gereicht, ist zwar schon im „Volksboten auf 1849“ unter den Mittheilungen und mit der Ueberschrift: „Oldenburger in Holstein“ auf S. 237 erwähnt, allein so kurz und unvollständig, daß eine ausführlichere Erwähnung sowohl dem Interesse des Oldenburgischen Publikums, als dem Gefühle einer gerechten Anerkennung unserer Truppen entsprechen dürfte.

Es kann hier nicht der Ort sein, auf die Geschichte des Kampfes in den Tagen des 28. und 29. Mai d. J., welcher unsern Truppen wohlverdiente Ehre und Ruhm brachte, näher einzugehen, seitdem die heldenmüthige Gegenwehr der Unfrigen, namentlich der dritten Kompagnie des I. Regiments unter Hauptmann Scharbaum und der denkwürdige Rückzug derselben in der dankbaren Erinnerung des Volkes fortleben wird. Allein einzelne weniger bekannte Tüchte ehrenhaften Benehmens und ritterlicher Bravheit jekt, nachdem die Krieger ins Friedens-Quartier vorläufig zurückgekehrt sind, aufzufrischen, wird eine Pflicht der Dankbarkeit gegen unsre Vaterlands-Vertheidiger uns auferlegen.

So verdient namentlich ein Vorfall während des Kampfes am 28. Mai der Vergessenheit entrissen zu werden. — Hauptmann von Gischtorff ist bei den ersten Angriffen der vielfach überlegenen Dänen an jenem Tage mit seiner fünften Kompagnie ins Tirailleure-Ketten aufgelöst, nach furchtlosem Widerstande gegen die in geschlossenen Bataillons-Massen vordringenden Dänen, zum Rückzuge genöthigt, welcher langsam und in völliger Ordnung mit Vertheidigung der in jenem durchschnittenen Gebirge im Sundewitt'schen befindlichen Wälle und Hecken angetreten wird. Die Kompagnie hat viele Verwundete (von denen fünf später starben); der Hauptmann selbst ist im Schenkel verwundet, der Oberleutnant Koppel schwer in der Backe verwundet zurückgebracht, der Feldwebel Kaven gleichfalls stark verletzt und kampfunfähig. Einige Musketier-Kompagnien der andern zum 10ten Armeekorps gehörigen Truppen laufen vor dem starken Kugelregen der Dänischen überlegenen Heerhaufen, nur einzelne derselben werden von Oldenburgischen Offizieren aufgehalten und mit den Oldenburgern wieder ins Gefecht zurückgebracht. — Der verwundete Hauptmann v. Gischtorff hat den Befehl über seine Kompagnie noch nicht abgegeben und nimmt, auf seinen Hornisten gestützt, am Gefecht

Theil. Da erscheint zwischen seiner und unsrer achten Kompagnie des I. Regiments ein verbündetes Bataillon und wird von unsern erschöpften Truppen mit einem donnernden Hurrah! begrüßt. Allein auch dieses Bataillon ergreift bald die Flucht und der auf diesem Flügel kommandirende braunschweig'sche Oberst sprengt verzweiflungsvoll, ohne die Leute weder zum Stehen zu bringen, noch selbst gegen den Feind zu führen, umher und jammert laut: „Alles läuft! die Oldenburger laufen! etc.“ Die über das Benehmen ihrer Kameraden schon auf's Höchste entrüsteten Oldenburgischen Offiziere sind empört und Hauptmann v. Gischtorff, welcher etwa 60 Schritte vom Oberst entfernt steht, giebt dieser gerechten Entrüstung durch die mit voller Erbitterung zugerufenen Worte Luft: „Herr Oberst! die Oldenburger laufen? — Das ist nicht wahr, Herr! — Fünfte Oldenburg. Kompagnie! Halt! Front! Gewehr ab!“ — und die brave Kompagnie steht ruhig im feindlichen Streichfeuer. — Die Reihen der Leute durchläuft das murrende Wort: „Wilooyt? — Watt for'n Swienegel seggt dat? Oldenburger's loopen? — Da sch all em doch de Düwel etc.“ — Der in diesem Augenblicke grade herankommende Adjutant des Obersten veranlaßt den Hauptmann zu der Aufforderung: „Herr Oberst, lassen Sie durch Ihren Adjutanten nachsehen, ob Oldenburger auf dem Rückzuge voran sind; findet er solche, so mögen Sie Recht haben!“ — Der fortgeschickte Adjutant kehrt natürlich bald mit der Meldung zurück: „Keine Oldenburger vorn!“ und so muß der von seinem Untergebenen in Gegenwart der Soldaten wie erwähnt behandelte Kommandeur sich vor allen Leuten der fünften Kompagnie wegen seines unbesonnenen Wortes entschuldigen. —

Aber nun die Schluß-Moral von der Geschichte! — Der Oberst hat wegen unsichtiger Leitung des Rückzuges eine Belobung und einen Orden bekommen!

Oldenburg 1848. Sept. 22.

W. F. K.

## Kleine Chronik.

Am Freitag (den 22.) Mittag um 2 Uhr rückte das erste Bataillon des ersten Regiments hier ein. Bürgerwehr und Schützen bildeten in langen Reihen von der Bibliothek in die Stadt hinein Spalier. Der Großherzog, der mit dem Erbgroßherzoge und Gefolge den Truppen entgegengeritten war, führte die Truppen in die reich mit Ehrenporten, Blumengewinden und überwiegend deutschen, Fahnen verzierten Straßen der Stadt Oldenburg und Vorstadt Sternburg. Ein donnerndes Hoch erhob sich, als der General Graf Ranzow an der Seite des Großherzogs in das Spalier der Bürgerwehr hineinritt. Dies Hoch erneuerte sich bei den einzelnen Compagnien, wie sie nach einander vorbeimarschirten, besonders bei der gefeierten dritten des Hauptmanns Scharbaum. Die braven Truppen sahen durchweg munter und frisch aus, und erkannten die Absicht

ihrer Mitbürger, ihnen durch den feillichen Empfang Anerkennung ihrer Tüchtigkeit und Tapferkeit auszusprechen. Freilich lag über der Freude ein Schleier ausgebreitet. Die Nachrichten aus Frankfurt hatten vieler Herzen bekümmert. Aber Jeder fühlte auch, daß unsere aus dem Felde heimkehrenden Mitbürger das Ihrige redlich gethan, den freudigsten Dank ihrer Mitbürger zu verdienen. Am Sonnabend rückte ein Theil der Artillerie, am Montag das zweite Bataillon des ersten Regiments ein. Am Dienstag Mittag rückte die noch übrige Artillerie ein. Das eine Bataillon vom 2. Regimente blieb in Gultin.

**Briefkasten.** — Aufsätze, deren Verfasser sich der Redaktion nicht nennen, können nicht berücksichtigt werden.  
D. H. d.

Redacteur: J. Bartelmann. — Verlag und Schnellpressendruck von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens 1/2 Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Nthlr. Courant; mit Porto, soweit die Grösch. Oldenb. Posten gehen, 2 Nthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

### Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 4. October.

1848.

N<sup>o</sup> 80.

#### Die Einkommensteuer.

Steuern zur Bestreitung des Staatshaushalts werden immer nothwendig sein; hier untersuchen wir nicht, ob dieselben künftig höher oder niedriger sein werden als bisher, sondern nur, welcher Vertheilungsfuß der gerechteste und beste sein wird.

In dieser Absicht haben wir hauptsächlich zwei Rücksichten zu nehmen: Steuern müssen erhoben werden 1) mit der wenigsten Belästigung der Beitragspflichtigen, 2) nach dem Maße ihrer Kräfte. Bei näherem Besehen wird man finden, daß diese zwei Rücksichten einander durchaus entgegengesetzt sind; gerade so viel als man der einen einräumt, wird die andere verkehrt. Die wenigste Belästigung der Steuerpflichtigen wird dann statt finden, wenn man ihre Personen außer Acht läßt und sich allein an die erkennbaren Gegenstände des Besizes hält, um solche zu besteuern. In solcher Hinsicht sollte daher gerade diese Besteuerungsweise dem Geiste unserer Zeit am meisten zusagen, weil sie vorzugsweise der Freiheit der Personen Rechnung trägt und dieselben nur insoweit steuerpflichtig macht, als sie nach ihrem freien Willen sich den Besitz der steuerbaren Gegenstände aneignen. Diese Art der Besteuerung hat im Fürstenthum Bückensfeld bisher größtentheils statt gefunden, insbesondere sind die Grundsteuern, die Thür- und Fenstersteuern, sowie die Verbrauchssteuern und das Stempelpapier darunter begriffen. Diese Art der Besteuerung trägt aber wenig Rech-

nung dem Maß der Kräfte der Steuerpflichtigen, sie setzt vielmehr als naturgemäß voraus, daß jedermann nur nach dem Maß seiner Kräfte sich in den Besitz steuerpflichtiger Gegenstände setzen werde. Sie nimmt daher auch gar keine Rücksicht auf die Schulden der Steuerpflichtigen, überläßt es diesen, sich deren als von etwas, das nicht sein sollte, zu entledigen. Solche Nichtrücknahme auf das Maß der Kräfte ist ein mit dieser Art der Besteuerung unzertrennlich verbundenes nothwendiges Uebel. Sie ist auch nicht einmal ungerecht, wenn man nur den obigen zwei Fundamentalrücksichten die dritte beifügen will, daß Steuern gleichsam Lohn sind für den Schutz, welchen die Pflichtigen vom Staate genießen, und zwar zum Nutzen theils ihrer Person, theils ihres Eigenthums, und daß dieser Schutz gleich bleibt, ob das besteuerte Eigenthum mit Schulden behaftet ist oder nicht, ja daß verschuldetes Eigenthum eher noch mehr des Staatsschutzes bedarf.

Die andere Besteuerungsweise, welche das Maß der Kräfte für die wesentlichste Rücksicht ansieht, hält sich allein an die Personen und fodert von diesen ein Bruchtheil ihres jährlichen Einkommens als Steuer; sie ist heutzutage zu einer so allgemeinen Beliebtheit gelangt, daß ihre Widersacher sie schon den Götzen der Zeit genannt haben.

Gewiß müßte die Einkommensteuer den Vorzug vor jener ersteren haben, wären nicht zweierlei Nachteile unzertrennlich damit verbunden: die Schwierigkeit nicht bloß, sondern geradezu die Unmöglichkeit,

